

**Ergebnisprotokoll  
der 27. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,  
Energie und Landwirtschaft vom 08.03.2018**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Frau Sprehe  
in Vertretung für Herrn Crueger  
Frau Schiemann  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Strohmann  
in Vertretung für Frau Neumeyer  
Herr Imhoff

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Janßen

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz  
in Vertretung für Herr Schomaker

**II Verwaltung**

Frau Prof. Dr. Reuther  
Frau Kamp  
Herr Viering  
Herr Dr. Sünnemann  
Herr Runge  
Herr Dr. Lampe  
Herr Lankowsky  
Herr Löwer  
Herr Eichler  
Herr Eickhoff  
Herr Bothe  
Herr Czekaj  
Herr Coldewey  
Frau Hoffmann  
Frau Kulmann  
Frau Cordes  
Frau Zimmermann  
Frau Pieper  
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr  
Bauamt Bremen Nord

**III Gäste**

Herr Oertel

Naturschutzbeirat

**IV Gastdeputierte**

Herr Senkal  
Herr Scharf  
Herr Saxe  
Herr Bücking  
Frau Bernhard

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion  
Fraktion B´90/ Die Grünen  
Fraktion B´90/Die Grünen  
Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 27. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b>	
-------	------------------------------------	--

vertagt

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	<b>37. Verordnung zur Änderung der „Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen“ (LandschaftsschutzVO) vom 2. Juni 1968 (Billungstraße) im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 1274</b> - 30 -	Vorlage 19/399
-------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Änderungsverordnung zur Auslösung eines Teilgebietes aus der „Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen“ (LandschaftsschutzVO) vom 2. Juni 1968 zu und bittet um Weiterleitung des Entwurfs an den Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Beschlussfassung.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 5	<b>Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr</b> <b>- Bericht über die geplante Sondermittelverwendung 2018</b> -3-	Vorlage 19/383
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der geplanten Verwendung der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für das Jahr 2018 (Anlage 1) einschließlich der Rücklagenentnahme (Anlage 2) bei der Abwasserabgabe und bei der Wasserentnahmegebühr zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die geplante Inanspruchnahme der Abgabeaufkommen für Vorjahres-Verpflichtungen für beide Bereiche zur Kenntnis.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den vorgelegten Ausblick auf die Mittelfristplanung 2019 und 2020 zur Kenntnis.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der CDU

<b>TOP 6</b>	<b>Umsetzung des Generalplans Küstenschutz im Bereich der ehem. Bremer Wollkämmerei</b> -BBN-	Vorlage 19/393	<b>L/S</b>
--------------	--	-------------------	------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung des Geländes der Bremer Wollkämmerei zur Kenntnis und stimmt der vorgelegten Finanzierung von 938 T€ zu.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Planung Stadtstrecke Finanzierung weiterer Planungsleistungen im Bereich der Landesschutzdeichlinie</b> -32-	Vorlage 19/392	<b>L/S</b>
--------------	--	-------------------	------------

**Herr Janßen** erklärt, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Es sei nicht erwiesen, dass die Alternativen den Hochwasserschutz nicht gewährleisten würden. Auch laufe ein Petitionsverfahren hierzu. Es sei nicht ersichtlich, dass sich aus dem Generalplan Küstenschutz aus dem Jahr 2007 Finanzierungsmöglichkeiten ergeben, da das Projekt in diesem noch gar nicht enthalten sei. Zudem werde auch der Bebauung in der vorliegenden Variante nicht zugestimmt.

**Herr Coldewey** erläutert, dass die Machbarkeitsstudie zu dem Schluss komme, dass ein kompletter Umbau aufgrund diverser Mängel in der Deichlinie erforderlich sei. Die vorhandene Böschung entspreche nicht dem Stand der Technik und sei größtenteils nicht standsicher. Zusätzlich bestehe die Gefahr, dass ein Hochwasserereignis Bäume auf dem Deich entwurzelt, Schäden im Deich verursachen und in der Folge Überflutungen herbeiführen könnte. Neue Bäume sollen aber in sicherem Abstand zur Deichanlage gepflanzt werden.

**Herr Bücking** möchte wissen, wie die Planungsmittel im Gesamtverlauf der Maßnahme genutzt werden. Die anstehenden Planungen scheinen Voraussetzung für weitere Planungsschritte zu sein.

**Herr Coldewey** führt aus, dass die Machbarkeitsstudie die technische Machbarkeit untersucht habe. Man befinde sich in der Vorplanungsphase, entsprechend der Leistungsphasen 1 und 2

nach HOAI. In dieser Vorlage gehe es darum, eine Variante aus dem Gestaltungswettbewerb zu konkretisieren, damit sie das gleiche Planungsniveau erreiche wie die Kostenschätzung der Machbarkeitsstudie.

**Frau Dr. Schaefer** erinnert daran, dass es durchaus im Generalplan Küstenschutz schon Berechnungen gegeben habe, gemeinsam mit Niedersachsen, wonach die Deichsicherheit hier schon jetzt nicht mehr gegeben sei. Man dürfe diese Ergebnisse nicht auf die leichte Schulter nehmen, zumal davon ausgegangen werde, dass die Meeresspiegel noch stärker ansteigen werden, als bisher schon erwartet. Der Hochwasserschutz sei also unbedingt ernst zu nehmen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den weiteren städtebaulich motivierten Planungsleistungen für die Stadtstrecke und deren Finanzierung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass die Planungsergebnisse zur Stadtstrecke nach Fertigstellung dem Senat sowie der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

<b>TOP 8</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 8a)</b>	<b>Abfallwirtschaftsplan für das Land Bremen -2-</b>	BdV schriftlich

**Frau Dr. Schaefer** weist darauf hin, dass laut dem Bericht überlegt werde, eine Klärschlammmonoverbrennungsanlage in Bremen vorzusehen. Hierzu bittet Sie um einen ausführlichen Bericht in der Deputation unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure. Sie fragt, ob weiterhin Rauchgasrückstände aus der MVA auf der Deponie Grauer Wall in Bremerhaven abgelagert werden.

**Herr Janßen** stellt fest, dass der Bericht an einigen Stellen sehr vage bleibe, gerade bei der Phosphorrückgewinnung. Beim Umgang mit Müll aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland bleibe der Bericht bei einer Sachstandsbeschreibung. Er vermisse Weichenstellungen.

**Frau Kamp** sagt zu, bei der Investorengruppe einen Bericht zu einer möglichen Klärschlammverbrennungsanlage anzufragen. Ein Antrag o. ä. liege dazu nicht vor. Sie berichtet, dass es verschiedene Arten von Filterstäuben gäbe. Die belasteten Aschen aus der Verbrennung werden nur noch unterirdisch abgelagert. Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes leite sich aus der EU- Rahmengesetzgebung ab, die sich im Kreislaufwirtschaftsgesetz wiederfinde. Ziel sei es, einen Überblick über die Abfallentsorgung im Land Bremen zu geben und die Entsorgungssicherheit darzustellen.

**Herr Strohm** ist erstaunt, dass die Verwaltung bisher nichts über eine Klärschlammverbrennungsanlage wisse. Langfristig könnte Klärschlamm durchaus wieder ein städtisches Problem werden, also müsse man sich mit dieser Frage zeitnah befassen.

**Herr Pohlmann** fasst zusammen, dass die Fragestellungen zum Klärschlamm in Bremen für eine der nächsten Sitzungen von der Verwaltung vorbereitet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Abfallwirtschaftsplan 2017 als Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Diese Kenntnisnahme gilt als „Annahme des Plans“ im Sinne von § 32 Abs. 3 KrWG.

Einstimmig

TOP 8b)	<b>Ursache der Entgleisung eines Güterwagens im Bremer Hauptbahnhof</b> -52-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Hamann erwartet, dass der abschließende Bericht des Eisenbahnbundesamtes der Deputation zur Kenntnis gegeben wird. Falls die Ursache ein Heißläufer gewesen sein sollte, möchte er wissen, ob dann in Bremen eine entsprechende Messstelle benötigt werde, um solche Vorgänge zukünftig noch früher zu entdecken.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8c)	<b>Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ des Bundes</b> -5-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8d)	<b>Beeinträchtigung des Lärmschutzes durch Baumschnitt</b> -52-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8e)	<b>Bericht über die Baumfällungen der DB AG entlang der Bahnlinien in Bremen-Nord und Bremen-Horn</b> -30-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer konstatiert, dass es seitens der DB AG ein unglaubliches Vorgehen war, einen Pflegerückschnitt anzukündigen und dann einen Kahlschlag in Lesum und zum Teil in Horn zu vollziehen. Es sei verständlich, dass die Strecken sturmsicher gemacht werden müssen, aber das hätte man mit einem jährlichen Pflegeschnitt besser erreichen können. Sie erwartet, dass diese Maßnahme kompensiert werde. Die Nachpflanzungen für den Eingriff in Lesum sollten nicht wie angekündigt im Bürgerpark vorgenommen werden, sondern vor Ort in Bremen Nord erfolgen.

Herr Saxe fragt nach der Einschätzung der Verwaltung zur Aussage der DB AG, dass geschützte Bäume innerhalb der Rückschnittzone nicht ersatzpflichtig seien.

Herr Dr. Lampe wird das rechtlich prüfen lassen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 8f)	Umsetzung der beschlossenen Wohnraumförderungsprogramme (Land) -73-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

**Herr Pohlmann** weist auf die vorliegende Neufassung der Vorlage hin.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass insgesamt ein Fördervolumen von 160 Mio. € mobilisiert wurde. Die Neubauten können sich sowohl von den Stückzahlen her, aber auch hinsichtlich der Qualität sehen lassen. Das zeigen die Auszeichnungen des Deutschen Bauherrenpreises.

**Frau Prof. Dr. Reuther** ergänzt, dass Bremen beim Deutschen Bauherrenpreis in Berlin Maßstäbe mit geförderten Projekten gesetzt habe. Die ausgezeichneten Projekte seien alle gefördert.

**Herr Bücking** erinnert daran, dass die Auszeichnung zurückgehe auf das Programm „Ungewöhnlich wohnen“. Diese Initiative liege ca. 8 Jahre zurück und habe einen Impuls für innovative Produkte gesetzt, der in der ganzen Szene anerkannt werde. Es stelle sich die Frage, ob man das Programm nicht fortführen sollte.

Bei der Planung für ein viertes Wohnraumförderungsprogramm sei es wichtig, frühzeitig darüber nachzudenken, ob und wie die Förderrichtlinien angepasst werden sollten.

**Frau Bernhard** hält die Ausbeute im sozialen Wohnungsbau für relativ mager. Bis zum 31.12.2017 habe man zusammen 453 Wohnungen fertig gestellt. Selbst wenn man die im Bau befindlichen 735 Einheiten dazu nehmen, sei man immer noch weit davon entfernt, das gesteckte Ziel von 350 Wohnungen pro Jahr über fünf Jahre zu erreichen. Deswegen sei zu überlegen, wie die Förderbedingungen in Zukunft aussehen sollten. Aktuell gingen im Jahr mehr Sozialwohnungen verloren, als neu entstehen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass das Abschmelzen an Sozialwohnungen gestoppt wurde. Es werde in dem Maße zugebaut, wie Bindungen auslaufen. Zudem seien Wohnungen, die aus der Bindung herausfallen, immer noch günstig. Bei den 35.000 Wohnungen der Gewoba in Bremen liege die Durchschnittsmiete mit ca. 5,95 €/ m<sup>2</sup> immer noch niedriger ist als die zulässige Miete für neu gebaute Sozialwohnungen von 6,50 €/ m<sup>2</sup>.

**Frau Bernhard** weist darauf hin, dass der relativ größere Anteil der WE in der Überseestadt realisiert werde. Sie fragt, ob darüber nachgedacht werde, perspektivisch stärker über die Stadtteile zu streuen bzw. ob darauf Einfluss genommen werde, wo der geförderte Wohnraum entstehe.

**Frau Prof. Dr. Reuther** führt aus, dass die Wohnraumförderung dort greife, wo neues Planungsrecht geschaffen werde oder städtische Grundstücke verkauft werden. Die Überseestadt war ein Schwerpunkt des Sofortprogramms Wohnungsbau, aber nicht der einzige. Insgesamt sei der Ansatz des Sofortprogramms Wohnungsbau die Verteilung in den Stadtteilen. Man habe weitere Projekte in Bremen Nord, in der Gartenstadt Werdersee oder im Ellener Hof.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 8g)	<b>Jährlicher Bericht zur Umweltbildung in Kindertageseinrichtungen im Land Bremen Natur in die Kitas - Kinder in die Natur!</b> -20-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 9	<b>Verschiedenes</b>	
TOP 9a)	<b>Sitzungstermin im Mai 2018</b>	

**Frau Kulmann** erinnert daran, dass der Sitzungstermin am 24. Mai 2018 entfallen wird. Als Ausweichtermin sei der 9. Mai 2018 ab 16:00 Uhr geplant. Zudem werde es eine Sondersitzung am 29. Mai 2018 in der Mittagspause der Bürgerschaft geben, evtl. gemeinsam mit der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

**Herr Pohlmann** schließt die 27. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll